



Hamburgs Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 29

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis (M. 7,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 29,
Glückstraße 5, Fernspr. 5, 8244.

Hamburg, den 20. Juli 1918

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
pareilzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzufenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

32. Jahrg.

Nationaler und internationaler Arbeiterschutz.

Schon in den Anfängen des kapitalistischen Wirtschaftslebens machte sich die Notwendigkeit bemerkbar, die Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die Ausbeutungsgier des Kapitals zu schützen und ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Das Kapital betrieb mit brutaler Rücksichtslosigkeit einen Raubzug an der Gesundheit, der Arbeitskraft, der Leistungsfähigkeit und dem Lebensglück seiner Lohnsklaven. Es bestand die Gefahr, daß das Proletariat dauernd und unrettbar in körperliches, geistiges und sittliches Elend versinken werde, wenn nicht Maßnahmen getroffen würden, um die Verelendung der Massen zu verhindern. So schlug denn der Gedanke einer zureichenden, tatkräftigen Sozialpolitik größten Umfanges immer mehr Wurzeln, und überall, in dem einen Lande früher, in dem andern später, traten sozialpolitische Bestrebungen des Staates zutage. Man wollte mit Hilfe gesetzlicher Bestimmungen und Strafandrohungen die überlange Arbeitszeit verkürzen, die Arbeitsbedingungen in gesundheitlicher Beziehung verbessern und die Arbeiterschaft gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheit, Unfall, Alter und Arbeitslosigkeit sichern. Daß hierin in den letzten Jahrzehnten vieles, wenn auch noch längst nicht genug, geleistet worden ist, kann nicht bestritten werden; doch darf dabei nicht übersehen werden, daß alle diese sozialpolitischen Maßnahmen gegen den heftigen, zähen Widerstand der Unternehmer durchgesetzt worden sind, die in der Sozialpolitik eine schädliche Belastung, wenn nicht gar den Ruin unseres Wirtschaftslebens, erblickten.

Natürlich bewegte sich die Sozialpolitik zunächst in nationalen Rahmen, insofern jedes Land selbständig vorgeht; allmählich gewann aber der Gedanke an Boden, daß der Arbeiterschutz international, das heißt durch Vereinbarungen zwischen den einzelnen Ländern, betrieben werden müsse. Besonders die Arbeiterorganisationen erhoben diese Forderung, und auch sozial empfindende bürgerliche Kreise stimmten ihr zu. Die Internationalität der Sozialpolitik, die bereits lange vor dem Weltkriege zu einem allgemein anerkannten Grundsatz geworden war, darf auch in der künftigen Friedenszeit nicht aus dem Auge gelassen werden. Mit Recht haben die deutschen Gewerkschaften in ihrer bekannten Denkschrift die Notwendigkeit betont, beim Abschluß der Friedensverträge den Arbeiterschutz international zu regeln, und die Gesellschaft für soziale Reform hat sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Neuerdings hat auch das Deutsche Komitee für internationale Sozialversicherung, deren Vorsitzender Graf Kosobowitsch ist, dieselbe Forderung gestellt und sie folgendermaßen begründet:

„Bei so starker Vorbelastung des deutschen Wirtschaftslebens wird dessen Wiederaufbau nach dem Kriege sich um so schwieriger gestalten, je größer der Abstand zwischen den sozialpolitischen Aufwendungen Deutschlands und denen des Auslandes im internationalen Wettbewerbe sich gestaltet. Dieser Abstand war schon vor Kriegsausbruch ein ganz erheblicher, da die andern Staaten dem Vorgang Deutschlands nur zögernd gefolgt und zumeist hinter dem deutschen Vorbilde weit zurückgeblieben waren. Hiernach liegt es ebenso sehr im Interesse der allgemeinen Kulturfortschritte wie im besonderen Interesse Deutschlands, rechtzeitig Vorkehrungen dahin zu treffen, daß in der einschlägigen Gesetzgebung der verschiedenen Staaten tunlichst Gleichwertiges und damit die Vorbedingung für ein Gegenseitigkeitsverhältnis geboten wird.“

Bemerkenswert ist die Stellung, die die deutsche Unternehmerpresse zu dieser Forderung einnimmt. Sie verhält sich nicht geradezu ablehnend, meint aber, daß das Ausland sich auf nichts einlassen werde. Mit Zusicherungen allgemeiner Art sei hier nichts getan, und blühende Abmachungen zu treffen, sei völlig ausgeschlossen. Man könne doch unmöglich glauben, daß unsere bisherigen Feinde sich entschließen würden, sich die deutsche Sozialpolitik zum Muster zu nehmen und in ihrem vollen Umfange einzuführen; und

zwar zu dem Zwecke, die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt erleichtern zu helfen. Daran könne kein verständiger Mensch glauben, der wisse und beobachte, mit welchen Mitteln unsere Feinde den wirtschaftlichen Kampf während des Krieges gegen uns geführt haben, und erst recht nach dem Kriege mit verdoppelter Kraft führen wollen. Man müsse deshalb in Deutschland erst einmal abwarten, was das Ausland auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes tatsächlich unternehmen werde. Daraus wird die Folgerung gezogen, daß Deutschland mit dem Ausbau und der Erweiterung der Sozialpolitik einhalten hält machen müsse. Es sei durchaus unrichtig, in der Übergangszeit nach dem Kriege noch mehr Sozialpolitik als vorher betreiben zu wollen; Deutschland habe gerade genug geleistet, und habe alle Veranlassung, nunmehr auch an seine eigenen Interessen (das heißt an die Interessen des Unternehmertums) zu denken. Wie es in der Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände sehr richtig heißt, daß umfangreiche Ausdehnungen und Neuerungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik auf abschließbare Zeit zu vermeiden seien, weil unser Wirtschaftsleben diese Lasten einfach nicht zu tragen vermöge. Man dürfe eben keine Phantastikpositionen kreieren, man müsse sich vielmehr auf das Erreichbare beschränken.

Der Standpunkt des Unternehmertums gegenüber der Weiterführung des Arbeiterschutzes birgt eine große Gefahr für die Arbeiterschaft in sich. In schlaue ausgedrehter Weise will man die Entwicklung der deutschen Sozialpolitik von dem abhängig machen, was die andern Länder tun. Erst wenn diese etwas wirklich Erledigtes leisten, will man auch bei uns in Deutschland die Karre weiterziehen, und da man voraussetzt — und auch wohl erhofft —, daß dort nichts geschieht, will man auch hier bei uns die Sozialpolitik zum Stillstand bringen. Dagegen muß sich selbstverständlich die deutsche Arbeiterklasse mit aller Entschiedenheit wehren. Sie darf keinesfalls zugeben, daß der internationale Arbeiterschutz als Maßstab genommen wird für unsere nationale sozialpolitische Tätigkeit. So wesentlich und wünschenswert auch die Weiterführung und Förderung der internationalen Sozialpolitik ist, wir dürfen darüber nicht vergessen, daß unsere Sozialpolitik an und für sich eine unabweisbare Notwendigkeit ist. Wir gebrauchen nach dem Kriege noch viel mehr und viel dringender als vorher eine Anspannung aller Kräfte zur Gesundung unseres Volkes. Der Schutz der wirtschaftlich Schwachen gegen die schädlichen Einwirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise und ihre Sicherstellung gegen die Wechselfälle ihres Daseins, die Hebung der Volksgesundheit und die Stärkung aller Volksträfte, die sorgsame Pflege der Mütter und Kinder im Interesse der Wiedererneuerung unseres sozialen Körpers, die sorgsame Schonung der noch vorhandenen Menschen, und die Erziehung eines tüchtigen Nachwuchses, alle diese sozialpolitischen Aufgaben sind durch den Krieg nicht etwa zurückgedrängt, sie sind vielmehr erst recht in den Vordergrund gerückt worden. Und da wollte man den Willen zur Sozialpolitik hemmen, anstatt ihn aufzupeitschen und vorwärtszutreiben, weil vielleicht das Ausland geringere Geneigtheit bezeigt, seine Pflicht zu tun?

Wenn das deutsche Unternehmertum seine Gegnerschaft gegen eine Weiterführung unserer Sozialpolitik mit den hohen Kosten und der Furcht vor der Konkurrenz des Auslandes begründet, so ist diese Begründung ganz offenbar eine irrige. Die zweifellos entstehenden und durchaus nicht leicht aufzubringenden Kosten bedeuten lediglich einen Vorstoß auf künftige Leistungen; sie sind weiter nichts, als ein Kapital, das zur Verbesserung eines Betriebes aufgewendet wird, und später reiche Zinsen bringt. Wie ein Wald unter Anwendung großer Kosten aufgefördert, wie ein Ackergut melioriert wird, so muß auch unser Volkskörper mit peinlicher Sorgfalt aufgeföhrt und mit neuem Blute erfüllt werden. Der Erfolg wird den Aufwand reichlich lohnen. Dabei haben wir die Konkurrenz der andern Länder durchaus nicht zu fürchten. Eine gute Sozialpolitik macht ein Volk leistungsfähig und gibt ihm die Möglichkeit,

mit andern Völkern auf dem Weltmarkt erfolgreich zu konkurrieren.

Schon vor dem Kriege hat uns unsere Sozialpolitik wirtschaftlich in die Höhe gebracht und uns derartig gekräftigt, daß wir siegreich in den internationalen Wettbewerb eintreten konnten, und nach dem Kriege wird uns eine zureichendere Sozialpolitik diese Überlegenheit wiedergeben. Wehe unserm Volke, wenn es in seiner sozialpolitischen Entwicklung lässig würde, die Folge davon wäre der Niedergang unseres wirtschaftlichen und damit auch unseres kulturellen Lebens.

Ungerechtfertigte Vorwürfe gegen die Gehilfenorganisationen.

Anfang Juni erhielt unser Verbandsvorstand von der Zentralleitung des Bundes der Dekorationsmaler die Abschrift eines Schreibens unserer Filiale München zugestellt, in dem in überaus sachlicher Weise um eine besondere Teuerungszulage — über die am 8. Februar zentral vereinbarte hinaus — ersucht wurde. Der Sendung lag bei die Abschrift der Antwort der Bundesleitung hierauf, in der das Verlangen unter Berufung auf das Protokoll der Verhandlungen vor dem Reichswirtschaftsamt vom 7. und 8. Februar dieses Jahres und den in § 5 der damals getroffenen Vereinbarungen kurz und bündig und mit dem Bemerkten zurückgewiesen wurde, daß man zu gleicher Zeit unsere Hauptleitung in Hamburg von dem vertragswidrigen Vorgehen verständigt habe. Darauf teilte am 12. Juni unser Vorstand der Bundesleitung folgendes mit:

Ihre werke Zuschrift vom 8. dieses Monats sowie die Abschrift eines Schreibens an Ihre Münchner Ortsgruppe und die darauf von dieser unserer dortigen Filialverwaltung erteilten Antwort haben wir zur Kenntnis genommen. Es mußte natürlich Ihren Herren Kollegen überlassen bleiben, über den von unserer Münchner Filialleitung ausgesprochenen Wunsch auf eine Erhöhung der bei den Verhandlungen im Reichswirtschaftsamt vereinbarten allgemeinen Teuerungszulage zu entscheiden. Zustimmung können wir aber der Bemerkung nicht, daß es sich hierbei um ein vertragswidriges Vorgehen handle. Denn es wurde bekanntlich seinerzeit, wie auch das amtliche Protokoll über die Sitzung vom 8. Februar ausweist, festgestellt, „daß es trotz der allgemeinen Vereinbarung zulässig sein soll, wenn in einzelnen Lohngebieten die Verbände der Arbeitgeber freiwillig höhere Teuerungszulagen gewähren“. Ein Anspruch auf förmliche Verhandlungen sollte dabei allerdings nicht bestehen.

Wir glauben, daß Sie mit uns der Auffassung sind, daß das beanstandete Vorgehen unserer Münchner Kollegen sich ganz im Rahmen dieses Verfahrens hält. Weil aber auch noch zu berücksichtigen, daß die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse jetzt so auf der Lage insbesondere der minderbemittelten Volksschichten lasten, daß der Wunsch, die bisherigen Einkommensverhältnisse im Rahmen dessen, was möglich und zulässig ist, zu halten, nur allzu erklärlich ist.

Dieser Meinung pflichtete auch die Bundesleitung bei; denn das hier wiedergegebene Schreiben blieb unbeantwortet. Auch sind inzwischen in einer ganzen Reihe von Städten, in denen man die Zeichen der Zeit richtig zu deuten und zu beurteilen vermag, was das Interesse unseres Berufes gegenwärtig und in Hinblick auf die Zukunft gebietet, Erhöhungen der Teuerungszulagen teils ganz unaufgefordert, teils nach Hebermittlung bestimmter Wünsche durch unsere Verbandsorgane zugestanden worden; mehrfach erachtete man das als eine Selbstverständlichkeit. Um te. L. staunter waren wir, in dem Organ des Bundes vom 1. Juli folgende Bekanntmachung der Bundesleitung zu lesen:

An verschiedenen Orten versuchen die Vertreter der Gehilfenorganisationen in ihrer amtlichen Eigenschaft, höhere Teuerungszulagen zu fordern, als solche bei den Verhandlungen über Erhöhung der Teuerungszulagen im deutschen Malergewerbe am 7. und 8. Februar 1918 im Reichswirtschaftsamt vereinbart wurden. Dieses Verlangen ist zurückzuweisen laut § 5 der Vereinbarungen vom 8. Februar 1918.

§ 5 hat folgenden Wortlaut: Die Vertragsparteien verpflichten sich und ihre Bezirks- und Ortsverbände, ihren ganzen Einfluß für die Durchführung und Aufrechterhaltung dieser Vereinbarung einzusetzen. Sie erklären, daß sie Bestrebungen, die auf eine Erhöhung oder eine Herabsetzung der vereinbarten Teuerungszulagen während der Dauer der Vereinbarung abzielen, nicht anregen oder unterstützen, sondern hier als vertragswidrig entgegenzutreten werden.

Die Leitung des Bundes weiß nun sehr wohl, wie sie überdies auch in dem oben wiedergegebenen Schreiben unseres Verbandsvorstandes ins Gedächtnis gerufen wurde, daß gegenüber dem § 5 der Vereinbarung vom 8. Februar im amtlichen Protokoll ausdrücklich festgesetzt ist, daß über die allgemeine Zulage hinaus in den einzelnen Wohngebieten Zulagen gewährt werden können. Die Bundesleitung weiß auch, daß, wenn diese protokolllarische Erklärung nicht aufgenommen worden wäre, der erwähnte § 5 nicht existierte. Was hat es da für einen Sinn, den Gehilfenorganisationen Vorwürfe zu machen, die also ganz unberechtigt sind.

Gefahren und Schäden unserer Kriegswirtschaft.

Wenn vor dem Kriege an den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands manches zu wünschen übrig blieb und wir keineswegs in unserer Entwicklung auf allen Gebieten so unbeschränkt an der Spitze marschierten, wie es oft dargestellt wurde, so hat sich doch niemand träumen lassen, daß über das deutsche Volk einmal solche Hungerjahre kommen könnten, wie wir sie jetzt erleben. Wir standen vor dem Kriege als Geber und Empfänger im internationalen Organismus des Weltverkehrs, und der zuverlässige, zu einem weltumfassenden System ausgebaute Gütertausch hatte uns in der Gewohnheit langer Friedensjahre der Erkenntnis entfremdet, in wie hohem Grade wir in unserer eigenen Wirtschaftsführung, in unsern Bedürfnissen und in der Notwendigkeit eines Absatzes unserer technischen Produktion von den Gesetzen der Weltwirtschaft abhängig waren. Ein trügerisches Gefühl der Sicherheit ließ uns nicht die Gefahr erkennen, die mit der Möglichkeit einer plötzlichen Unterbrechung unserer internationalen Handelsbeziehungen für unsere Eigenwirtschaft eintreten mußte. Selbst als dann diese Gefahr durch den Ausbruch des Krieges sich anmeldete, wurde sie von wenigen rechtzeitig erkannt, und erst im jahrelangen Verlauf des Krieges erschloß sich uns unter dem Druck der fortschreitend sich verschärfenden wirtschaftlichen Bedrängnis das Verständnis dafür, was es bedeutet, wenn ein Kulturvolk plötzlich und unvorbereitet aus dem Organismus der Weltwirtschaft ausgestoßen wird.

Es unterliegt leider keinem Zweifel, daß wir wirtschaftlich auf diesen Krieg nicht in dem Grade vorbereitet waren, wie es bei einer großzügigen Voraussicht hätte der Fall sein können. Die große Masse des Volkes, die von der Obrigkeit regiert wird, ist für den Krieg und für seine Folgen nicht verantwortlich zu machen; denn sie weiß von den Möglichkeiten, Strömungen und Tendenzen der hohen Politik nichts. Aber die Regierungsinstanzen und die mit ihnen identischen führenden Schichten hätten doch fühlen müssen, was in der Luft lag. Eine feindliche Koalition von solcher Macht und von solcher politischer Tragweite, wie sie 1914 gegen uns zutage trat, bildet sich nicht über Nacht; sie braucht Zeit zur diplomatischen Vorbereitung und Verständigung, und es bedurfte eines Zeitraumes von Jahren, um die gegen uns gerichteten politischen Stimmungen und Bestrebungen zu jenem psychologischen Moment der Entladung reifen zu lassen, der den Kriegszustand herbeiführt. Aber bevor der erste Schuß losging, mußten sich unsere Diplomaten doch die Zeichen der Zeit offenbaren, und man sollte meinen, daß diese Warnungszeichen geeignet waren, zu Vorbereitungen zu mahnen, die uns neben andern schmerzlichen Erfahrungen auch einen Teil der wirtschaftlichen Nöte erspart hätten, unter denen wir jetzt leiden.

In wirtschaftlicher Beziehung sind wir beim Kriegsausbruch doch in vielfacher Hinsicht in einem Zustand überrascht worden, der eine weitblickende und großzügige Voraussicht vermissen ließ. Eine planmäßige, mit der Möglichkeit einer plötzlichen Unterbrechung unserer weltwirtschaftlichen Verbindungen rechnende staatliche Vorratswirtschaft hätte Deutschland doch mit weitaus größeren Beständen an ausländischen Rohstoffen und Erzeugnissen versorgen können, als sie beim Ausbruch des Krieges tatsächlich vorhanden waren, und wenn es auch nicht möglich war, für jedes Gebiet unserer leiblichen und technischen Bedürfnisse so große Bestände an Stoffen und Bedarfsgegenständen aufzustapeln, daß sie für einen so langen Kriegszustand ausgereicht hätten, so hätte bei umfassender Vorbereitung sich doch zweifellos eine bedingte Erleichterung erreichen lassen, und es wäre möglich gewesen, den Zustand der Erschöpfung und Teuerung in jenem Verlauf zu hemmen.

Wenn trotzdem erhebliche Vorräte an Stoffen und Waren im Lande vorhanden waren, von denen wir immerhin in diesen Kriegsjahren zehren konnten, so waren das Bestände, die in den vorausgegangenen Friedensjahrzehnten fast ausschließlich von der Privatwirtschaft erworben und aufgeschapelt worden waren. Hierzu hatte die staatliche Vorratsverwaltung nicht viel ergänzt, und die von den staatlichen Instanzen ins Werk gesetzte wirtschaftliche Mobilisierung mußte sich, da die Notwendigkeit der Vorrats- und Vorratswirtschaft nicht in ihrer ganzen Tragweite erkannt worden war, im wesentlichen auf die Beschlagnahme und Kontingentierung der vorhandenen Bestände beschränken.

Es sind im Verlauf des Krieges in der Organisation unseres innerwirtschaftlichen Lebens zweifellos große Leistungen vollbracht worden, aber die von der Staatsgewalt geschaffenen kriegswirtschaftlichen Einrichtungen zeigen doch die Merkmale von Notstandsmaßnahmen, die dem fortschreitenden Mangel machtlos gegenüberstehen und der Entwicklung der Teuerung nicht mit der notwendigen Energie entgegenwirken. Mangel und Teuerung kennzeichnen unsere Kriegswirtschaft, und den zahllosen kriegswirtschaftlichen Ämtern, Aufsichtsinstanzen und Kriegsgesellschaften fehlt es nicht so sehr an den Vorzügen einer technischen und bürokratischen Organisation, als vielmehr an den Objekten, auf die sich ihr Wirkungsbereich erstrecken soll. Mit oder ohne Hilfe dieser Behörden nimmt der Mangel zu und schreitet die Teuerung fort, und trotz der Kriegsebergeiligkeit haben wir keine Stiefel und keine Socken mehr, trotz der Reichweite für Gemüse und

Obst bleiben Obst und Gemüse unerreichbar, und trotz der Reichsbeschaffungstelle wissen wir nicht, woher wir uns die dringend notwendige Ergänzung unseres dahinschwindenden Meierbestandes beschaffen sollen. Weitere Beispiele der auf allen Gebieten unserer Lebenshaltung bestehenden Not stehen sich zahlreich an.

Wenn wir trotzdem bis zur gegenwärtigen Stunde ausgekommen sind und das Durchhalten ermöglichten, so ist dieser Erfolg zum kleineren Teile auf die Vorzüge unserer staatlich organisierten Kriegswirtschaft, zum größeren Teile jedoch auf die von der Bevölkerung gelebte Entsagung zurückzuführen. Aber man kann sich eine Entwicklung, die bei zunehmendem Mangel eine zunehmende Teuerung aufweist, nicht ins Endlose ausgedehnt denken. Mit aller Eindringlichkeit muß auf die Gefahr der Kräfteerschöpfung, die doch einmal eintreten muß, hingewiesen werden.

Als Beweis dafür, in wie starkem Grade wir auf dem wichtigsten Gebiet unserer Volkswirtschaft, der Lebensmittelversorgung, auf den Zuschuß vom Ausland her angewiesen sind, seien folgende statistische Zahlen angeführt. Unsere Einfuhr an Getreide, Hülsenfrüchten und Malz betrug:

1889 ...	888,27 Mill. Mark	1908 ...	889,56 Mill. Mark
1890 ...	889,65 " "	1909 ...	1040,78 " "
1900 ...	876,02 " "	1910 ...	914,67 " "
1906 ...	850,79 " "	1911 ...	1908,88 " "
1908 ...	841,84 " "	1912 ...	1268,02 " "
1907 ...	1000,54 " "		

Die Fleischzufuhr betrug:

Rind- und Kalbfleisch:	1910 158782 dz	1911 180284 " "	1912 858861 " "
Frisches Schweinefleisch:	1910 87247 dz	1911 14193 " "	1912 182108 " "

Sammelfleisch:	1910 2954 dz	1911 2212 " "	1912 8250 " "
Schmalze und Fette zur menschlichen Nahrung:	1910 46848 dz	1911 184266 " "	1912 150589 " "

Der Einfuhr steht eine gewisse Fleischzufuhr gegenüber, die aber ihrer Menge nach gegenüber der Einfuhr unerheblich ist. Wir haben den angegebenen Zuschuß an Fleischnahrung fast vollständig allein verbraucht. Die Einfuhr an Butter betrug:

1910 92,0 Millionen Mark
1911 129,2 " "
1912 126,8 " "

An frischen Fischen führten wir ein:

1910 für 47,8 Millionen Mark
1911 " 52,1 " "
1912 " 59,2 " "

Diese auf die Hauptnahrungsmittel beschränkten Angaben, die sich in bezug auf weitere Ernährungstoffe noch vielfach ergänzen ließen, geben uns in großen Zügen einen Überblick über die gewaltigen Zuschuhmengen, deren das deutsche Volk in der Friedenszeit zu seiner Ernährung bedurfte. In ähnlichem Umfange stellt sich unser Bedarf an technischen Rohstoffen und Fabrikaten dar. Unsere Lebenshaltung und Wirtschaftsführung waren auf dieser Bedingung des Zuschusses aufgebaut, und wenn dem Erlöschen der Einfuhr seit 1914 auch kein nennenswerter Abgang durch Ausfuhr gegenübersteht, so ergibt sich aus den angeführten Zahlen doch die Tragweite der Wirkungen, die für unser Wirtschaftsleben durch den Ausfall der Einfuhr eintreten mußte.

Diese Wirkungen haben wir im Verlauf des Krieges kennengelernt. Der Mangel trat immer empfindlicher zutage und führte zur Not und zu einer unerträglichen Teuerung. Ganz abgesehen davon, daß der Krieg der heimischen Produktion ungezählte Arbeitskräfte entzieht, wäre auch unter normalen Verhältnissen nicht daran zu denken, daß unsere Landwirtschaft durch gesteigerte Eigenproduktion den notwendigen ausländischen Zuschuß an Nahrungsmitteln ersetzen könnte. Der Krieg hat aber unsere eigene landwirtschaftliche Erzeugung, der es an Arbeitskräften, Spannkraft und Düngemitteln fehlt, eher vermindert, als daß die so notwendige Produktionssteigerung eingetreten wäre. Das Defizit müssen wir durch Entsagung ausgleichen.

Bezüglich äußert sich die lähmende und vernichtende Wirkung des Krieges auf den meisten Gebieten der technischen Produktion. Soweit Technik und Industrie den Kulturbedürfnissen des Friedenszustandes dienten, sind sie auf ein Mindestmaß der Leistungsfähigkeit beschränkt, wenn nicht ganz vernichtet. Hier fehlt es an Menschen und Material, während eine zu riesenhaften Umfange entwickelte Kriegswirtschaft dem ungeheuren technischen Bedarf des Krieges dient.

Dieser Krieg stellt an unsere Leistungsfähigkeit in militärischer, technischer und wirtschaftlicher Beziehung übermenschliche Anforderungen. Er schaltet alle andern Betätigungen nahezu vollständig aus, stellt alle Kräfte in seinen Dienst und hat unsern Lebensverhältnissen einen bis zur Unmöglichkeit gesteigerten Zwang auferlegt.

Unser Wirtschaftsleben trägt die Merkmale einer so abnormen Entwicklung, daß sich in bezug auf das schließliche Endresultat schwere Besorgnisse geltend machen müssen. Der gegenwärtige Wirtschaftszustand zeigt bedenkliche Zeichen der Entartung, unsere Lebenshaltung ist in steigendem Grade der Gefahr der Entkräftung ausgesetzt, und die Krisis, die sich im ganzen und im einzelnen auf allen Gebieten zu erkennen gibt, läßt die sorgenvolle Frage gerechtfertigt erscheinen, wie lange das deutsche Volk einen derartigen, der Gefahr der Verjährung ausgeprägten Zustand noch zu ertragen vermag. Der übermäßigen Anspannung der körperlichen und seelischen Kräfte steht ein fortschreitend sich verschärfender Mangel an Nahrungsmitteln und allen für die Lebenshaltung notwendigen Stoffen und Bedarfsgegenständen gegenüber, und da bei dem Fortbestehen des Kriegszustandes an eine Besserung und Milderung unserer Wirtschaftskrisis nicht zu denken ist, so muß diese Entwicklung zu einem allmählichen Kräfte-

Unser gegenwärtiges Wirtschaftsleben zeigt nun die abnorme Erscheinung, daß dem Mangel an Nahrungsmitteln und Bedarfsgegenständen ein merkwürdiger Geldreichtum gegenübersteht. Es fehlt uns nicht so sehr an Geld und an Zahlungsmitteln, als vielmehr an den für die Lebenshaltung notwendigen Waren und Objekten, die wir uns mit diesem Geld kaufen müßten. Und da die vorhandenen unzureichenden Waren unerträglich teuer sind, geht der Verdienst für die elementarsten Lebensbedürfnisse drauf, und die Steigerung der Löhne wird durch die Entwertung des Geldes wieder aufgehoben. Die während des Krieges stattgefundenen Lohnerhöhungen sind eine durch die Verteuerung der Lebenshaltung bedingte Notwendigkeit; aber man hüte sich vor der Ueberbeschränkung, die dieser durch schnittlichen Einkommenssteigerung vielfach beigelegt wird. Und man täusche sich vor allem nicht über den wahren Charakter unseres gegenwärtigen Wirtschaftszustandes. Wenn in den bisher aufgelegten acht Kriegsanleihen von der Bevölkerung über 87 Milliarden Mark aufgebracht wurden, und wenn ein erhebliches Anwachsen der Sparguthaben amtlich nachgewiesen wird (1917 ein Mehr von 5,5 Milliarden Mark), so ist im Hinblick auf den in der Kriegswirtschaft in die Erschöpfung tretenden tatsächlichen Geldreichtum zu bedenken, daß weite Bevölkerungsteile an diesem Segen keinen Anteil haben, und ferner kann uns das in verhältnismäßig reichhaltiger Menge umlaufende Papiergeld nicht über die Tatsache der immer kritischer werdenden Knappheit an Lebensmitteln und allen nötigen Bedarfsgegenständen hinweghelfen. Wir steuern, trotz der in unserer Kriegswirtschaft zutage tretenden Reichhaltigkeit der Geldmittel einer Erschöpfung der Kräfte entgegen. Je knapper die Lebensmittel und alle andern Handelsobjekte werden, um so schneller schreitet der Prozeß der Teuerung fort und sinkt der Wert des Geldes. Den Segen, der aus dieser Kriegskonjunktur entspringt, tragen diejenigen davon, denen der Krieg eine so unverhältnismäßig hohe Steigerung des Einkommens und Vermögens brachte, daß trotz der Verteuerung der Lebenshaltung und des gesamten Wirtschaftsmarktes doch noch erhebliche Gewinnreserven für die kommende Zeit zurückgelegt werden können. Das trifft auf eine begünstigte Minderheit, nicht aber auf die Masse des werktätigen Volkes zu. Hier machen sich die schädigenden Wirkungen des Krieges in einem fortschreitenden Mangel an allen zur Lebenshaltung notwendigen Bedarfsgegenständen, insbesondere an den Nahrungsmitteln, fühlbar. Hieraus ergibt sich für die Instanzen, die in dieser Zeit der Prüfung und Bedrängnis die Geschicke des deutschen Volkes lenken, die dringende Mahnung, bei der Frage über die weitere Dauer des Kriegszustandes neben den politischen Erwägungen auch die drohende Gefahr einer fortschreitenden Erschöpfung der Volkskraft in Rechnung zu stellen. Sch.

Der Arbeitsmarkt im Mai 1918.

Die deutsche Industrie hatte im Mai 1918 nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ eine ebenso rege Tätigkeit zu verzeichnen wie im April, wesentliche Veränderungen gegenüber den Vormonaten sind nicht eingetreten. Die Beschäftigung hielt sich auch dem Vorjahre gegenüber zumeist auf derselben Höhe.

Der Geschäftsgang im Berg- und Hüttenwesen blieb lebhaft wie im April; daselbst trifft für die Eisen- und Metallindustrie zu, ebenso für den Maschinenbau. Günstig gestaltete sich auch die Lage im Eisenbahnbau und in der Motor- und Kraftwagenindustrie. Die meisten Fabriken in der elektrischen und chemischen Industrie waren im Mai gleich rege beschäftigt wie in den Vormonaten. Nur im Spinnstoffgewerbe und in der Bekleidungsindustrie blieb die Geschäftslage in vielen Teilen des Reiches ungünstig. Die Bautätigkeit hat in einzelnen Städten eine gewisse Belebung erfahren.

Die Nachweisungen der Krankenkassen lassen für die am 1. Juni in Beschäftigung stehenden Mitglieder im Vergleich zum Anfang Mai eine Zunahme um insgesamt 6809 Beschäftigte oder 0,1 v. H. erkennen. Die Zahl der männlichen Beschäftigten hat um 2590, die der weiblichen um 3710 zugenommen. Es bedeutet dies für beide Geschlechter eine Zunahme um 0,1 v. H.

Nach den Feststellungen von 32 Fachverbänden, die für 1920 64 Mitglieder berichten, betrug die Arbeitslosenanzahl Ende Mai 1918 oder 0,8 v. H.. Im April wurde von 34 Verbänden berichtet und die gleiche Arbeitslosenziffer von 0,8 v. H. festgestellt. Im Vergleich zum Mai der vier vorhergehenden Jahre ist die Arbeitslosenziffer nicht unwesentlich gesunken, sie stand im Mai 1917 auf 1,0 und hatte 1915 2,9 v. H. betragen. Auch in der Friedenszeit, Mai 1914, war die Arbeitslosigkeit wesentlich höher, nämlich 2,8 v. H.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Berichtsmonat für beide Geschlechter eine Abnahme des Arbeitsandranges erkennen. Im Mai kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 59 Arbeitssuchende (gegen 62 im Vormonat); beim weiblichen Geschlecht 85 (gegen 90 im Vormonat). Diese Angaben bedecken sich ungefähr mit den Berichten aus der Industrie.

Für das Baugewerbe lauten die Berichte der Verbände zumeist befriedigend. Nach dem Bericht des „Baumaterialien-Markts“, Leipzig, ist, trotz der Schwierigkeiten, die sich der Ausführung von Bauten durch den Mangel an Baustoffen und Bauarbeitern entgegenstellen, die Bautätigkeit in verschiedenen Gegenden des Reiches noch lebhaft, sie wird zum Beispiel in Schleien als sehr rege bezeichnet. Wie verschiedene Kriegsamtstellen mitteilen, werden künftig Anträge auf Fertigstellung von feinerzeit durch die Baueinrichtungsbefugigung der Generalkommandos unfertig zur Einstellung gekommenen Bauten genehmigt werden, sofern die Notwendigkeit der Fertigstellung durch die zuständige Stelle befürwortet wird, und wenn die in Frage kommenden Bauten entweder die vorhandene oder die zu erwartende Wohnungsnot zu mildern geeignet sind, oder wenn ihr baulicher Zustand bei noch längerem unvollendetem Stehenlassen dauernd große Schädigungen für das Gebäude bringen würde. Durch das preußische sogenannte Bürgerbaugesetz vom

10. April 1918 wird der Finanzminister ermächtigt, zwecks Förderung der Herstellung gesunder Kleinwohnungen die Bürgerschaft für zweifache Hypotheken namens des Staates zu übernehmen. — Im übrigen stößt der Kleinwohnungsbau infolge der hohen Baukosten. Nur in einigen Bezirken gelangen Kleinwohnungsbauten zur Ausführung, zum Beispiel im hannoverschen Gebiet, unter andern in Omden. — Am 8. Mai wurde in München der „Landesverein Bayerischer Baustoffverbraucher“ gegründet. Er bezweckt, im Bereiche des Königreichs Bayern allgemein die bürgerliche Bautätigkeit durch die Zusammenfassung der Interessen aller Baustoffverbraucher wieder zu beleben, insbesondere soweit diese Zusammenfassung durch die Verbilligung der Baustoffe zur baldmöglichen Einrichtung von Kleinwohnungen mit erschwinglichen Mieten führt. Aus den meisten Gegenden des Reiches wird berichtet, daß die Ausführung von Reparaturarbeiten zugenommen hat.

178 Betriebskrankenkassen des Baugewerbes hatten am 1. Juni 48 708 männliche und 7444 weibliche Mitglieder abzüglich der arbeitsunfähig Kranken. Im Vergleich mit dem Anfang des Vormonats ist eine Zunahme um 24 v. H. bei den männlichen und um 5,6 v. H. bei den weiblichen Beschäftigten eingetreten.

Bei 72 Innungskrankenkassen der Bauberufe mit 20 918 männlichen und 1789 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern abzüglich der arbeitsunfähig Kranken am 1. dieses Monats war dem Anfang des Vormonats gegenüber die männliche Beschäftigung um 2,9 v. H. und die weibliche um 2,8 v. H. höher.

In Ostpreußen sind nach dem Bericht des Arbeitsnachweisverbandes auf dem Bauarbeitsmarkt bei geringer Abnahme von Angebot und Nachfrage die Verhältnisse dieselben geblieben. Nur die Hälfte des Bedarfs konnte gedeckt werden.

In Westpreußen hatte die Bautätigkeit nur sehr geringen Umfang. Das noch bestehende Bauverbot, der Mangel an Arbeitskräften und die außergewöhnliche Teuerung sämtlicher Baustoffe lassen noch immer keine solche Bautätigkeit aufkommen, wie sie nötig wäre, um der immer drohender werdenden Arbeitsnot wirksam entgegenzutreten zu können.

In Pommern ist im Baugewerbe nach dem eingegangenen Bericht die Zahl der offenen Stellen noch immer erheblich größer als die der Arbeitsuchenden.

In Mecklenburg-Schwerin und in Posen hat die Lage des Arbeitsmarktes keine sichtbaren Veränderungen.

Im ober-schlesischen Industriegebiet blieb das Angebot von Bauhandwerkern weit hinter der Nachfrage zurück.

In Berlin und Provinz Brandenburg lag das Baugewerbe wegen der behördlichen Beschränkungen für Neu- und Umbauten sehr darnieder, so daß ein Ueberangebot von Bauarbeitern bestand. Glaser und Anstreicher fanden noch Beschäftigung.

Im Königreich Sachsen bewegte sich im Baugewerbe die Nachfrage nach Maurern und Bauarbeitern in steigender Richtung. Im Malergewerbe überstieg die Nachfrage das Angebot erheblich.

In Hannover herrschte im Baugewerbe im allgemeinen Mangel an Facharbeitern, soweit nicht, wie in Osnabrück, die Bautätigkeit nachgelassen hat und die Nachfrage nach Arbeitskräften zurückgegangen ist.

In Bremen und Schleswig-Holstein hat im Baugewerbe die Nachfrage gegenüber dem Vormonat zugenommen.

In Hessen und Hessen-Nassau blieb die Lage im Baugewerbe unverändert.

In Rheinland und Westfalen bot das Baugewerbe reichlich Arbeitsgelegenheit für Facharbeiter jeder Art.

In Bayern konnte der Bedarf des Baugewerbes nicht voll gedeckt werden.

In Baden war die Lage im Baugewerbe infolge der neuen Bestimmungen über die Fortführung von Bauten für Arbeitsuchende an mehreren größeren Plätzen günstig.

Im Baugewerbe Elsaß-Lothringens herrschte starke Nachfrage nach gelerntem und ungelerten Arbeitern für Heeresbauten im Sperrgebiet, während der örtliche Bedarf für Heeresbauten gedeckt werden konnte.

Für das gesamte Baugewerbe werden im Mai von der Vermittlungsstatistik angegeben:

Table with 3 columns: Arbeits-gesuche, Offene Stellen, Befehle Stellen. Rows include Davon entfallen auf: Maurer, Putzer, Stuckateure, Zimmerer, Maler, Anstreicher, Dachwerker, Glaser.

Im Malergewerbe ist die Lage seit März verzeichnete günstigere Lage auf dem Arbeitsmarkt ziemlich gleichgeblieben; auch im übrigen Baugewerbe ist der Stand andauernd ein guter zu nennen. Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsgesuche

Table with 3 columns: April 1918, Mai 1918, Mai 1917. Rows include von Maurern, Zimmerern, Gläsern, Malern.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Maler-, Dachwerker- und Anstreichergewerbe war in den fünf Monaten dieses Jahres wie folgt:

Table with 4 columns: Arbeits-gesuche, Offene Stellen, Befehle Stellen, Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende. Rows include Januar, Februar, März, April, Mai.

In den einzelnen Landesteilen stellten sich für das Malergewerbe das Angebot und die Nachfrage in den Monaten März, April und Mai 1918 folgendermaßen:

Table with 6 columns: März, April, Mai. Sub-columns: Arbeits-suchende, Offene Stellen. Rows include Ostpreußen, Westpreußen, Berlin u. Brandenburg, Pommern, Wosien, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinland, Bayern, Königreich Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schw., Thüring. Staaten, Oldenburg, Braunschweig, Lübeck, Bremen, Hamburg, Elsaß-Lothringen.

Im Anschluß an diese Uebersicht der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise nach den Berichten des Reichsarbeitsblattes für das gesamte Bau- und für das Malergewerbe im besonderen bruden wir nachfolgend die Zusammenstellung der hauptsächlichsten Ziffern aus unserer monatlichen Umfrage über die Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder ab:

Table with 7 columns: Monat, Es besichtigten Stellen 1918, Mitglieder in v. Berichtenden G. a. Monats-laufe 1918, Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats, Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am Schlusse der letzten Monats-woche. Rows include Januar, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, November, Dezember.

Hiernach hat sich die Lage des Arbeitsmarktes für unsere Kollegen auch im Mai nochmals — allerdings nur ganz geringfügig — verschlechtert. Kam im März auf 100 Mitglieder 0,22 Arbeitslose, so im April 0,88 und im Mai 0,39. Die Zahl der Arbeitslosen ist um einen, von 27 auf 28, gestiegen, bei einer Vermehrung der durch die Umfrage erfassten Mitglieder um 108 auf 7280. So gering auch die Verschlechterung der Verhältnisse an sich ist und so leicht dabei kleine Zufälligkeiten von Einfluß sein können, bedenklich erscheint die Sachlage, wenn wir in Betracht ziehen, daß im Vorjahre zu gleicher Zeit ein ganz wesentlicher Rückgang der Arbeitslosenziffer — von 0,79 im März auf 0,44 im Mai — erfolgte. Weitergehende Schlussfolgerungen möchten wir vorläufig aus den wiedergegebenen Feststellungen nicht ziehen. Allerdings ist die Verschlechterung des Arbeitsmarktes auch durch die oben wiedergegebenen Feststellungen über die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise nachgewiesen worden. Danach stand der April gegenüber dem März noch günstig da, im Mai trat aber wieder ein Rückschlag auf den März ein. Diese Erscheinung mit unsern eigenen Feststellungen muß unsere Aufmerksamkeit für die Entwicklung der Lage des Arbeitsmarktes in den kommenden Monaten in Anspruch nehmen.

Folgende Filialen sandten ihre statistische Karte nicht beziehungsweise nicht rechtzeitig ein: Altenburg, Bernburg, Diefelb, Cottbus, Grimnitzgau, Hlensburg, Frankfurt a. b. Ober, Göttingen, Graubenz, Hirschberg, Kaiserlautern, Riegnitz, Nordhausen, Osnabrück, Passau, Saarbrücken, Ulm.

Die fünfte Generalversammlung der Volksfürsorge,

die am 24. Juni im Sitzungssaal des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg abgehalten wurde, zeigte ein volles Einverständnis der Aktionäre sowohl mit der Geschäftsleitung als auch mit der Verwaltung der Gesellschaft. Es wurde festgestellt, daß 943 000 Aktienkapital vertreten war, und zwar in der Hauptsache durch bestellte Bevollmächtigte der Generalkommission und der Grobkauflaufgesellschaft Deutscher Konsumvereine.

Nach dem Bericht des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes Herrn Lesche habe die Volksfürsorge immer noch sehr stark unter den hemmenden Wirkungen des Krieges zu leiden. Ganz besonders schwierig sei es, die Organisation in den einzelnen Orten ungehindert in Betrieb zu erhalten. Von den bei Ausbruch des Krieges im Hauptbureau beschäftigten 116 und den später eingetretenen männlichen Personen sind im Laufe des Krieges 127 eingezogen worden, so daß von den damals beschäftigten nur noch ganz wenige vorhanden sind. 20 der ausmarschierten Angestellten haben leider im Krieg ihren Tod gefunden. Im laufenden Jahre sind wiederum zwei Abteilungsleiter und sechs weitere Angestellte eingezogen worden. Von den bei Ausbruch des Krieges tätigen 531 Rechnungsstellen sind noch 364 in Betrieb. Ein großer Teil wird von Konsumvereinen, einige von Frauen verwaltet. Im ganzen sind während der Dauer des Krieges 602 unserer Rechnungsführer eingezogen worden. Wenn trotzdem die Antragsproduktion seit dem ersten Stillstand im Jahre 1914 wieder ständig zunahm und das In-

lasso in Ordnung erhalten werden konnte, so ist das in vielen Fällen der dankenswerten eifrigen Mitarbeit zahlreicher Frauen in den verschiedenen Rechnungsstellen zu verdanken. Daß trotz des Fehlens der besten Funktionäre in der Antragsproduktion ein Fortschritt erzielt wurde, läßt berechtigte Hoffnungen für die Zeit nach Beendigung des Krieges in bezug auf die Entwicklung der Volksfürsorge zu.

Es sind im Jahre 1917 insgesamt 38 000 Anträge eingegangen, davon auf Kapitalversicherungen (Tarife I bis IVa) 85 000 mit einer Versicherungssumme von 9 065 048, auf die Sparversicherungen 2000 und auf die Risikoversicherungen 91 mit einer Versicherungssumme von 52 768,10. Abgeschlossen wurden 85 624 Kapitalversicherungen mit einer Versicherungssumme von 8 920 380, 2858 Sparversicherungen und 84 Risikoversicherungen mit einer Versicherungssumme von 48 081,30, insgesamt 88 581 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 8 968 411,30. Der Versicherungsbestand stieg bis Ende 1917 auf 157 056 Kapitalversicherungen mit 31 582 821 Versicherungssumme, 68 858 Sparversicherungen und 1760 Risikoversicherungen, insgesamt 227 188 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 87 156 660. Die Prämienentnahme, die im Jahre 1916 2 882 485,15 betrug, stieg im Jahre 1917 auf 3 182 272,20 und ergab somit eine Mehreinnahme von 799 887,05. Die Prämienentnahme, die im Jahre 1918 2 21 888 betrug, stieg im Jahre 1917 auf 3 182 272,20, also um 87 350,70. Das Ende 1916 5 899 640,20 betragende Vermögen stieg im Jahre 1917 um 2 217 160,12 und betrug Ende 1917 bereits 8 116 800,32. Die für die Zukunft sichergestellten Prämienreserven stiegen im Jahre 1917 von 4 287 281,21 auf 6 201 705,71. Der im Jahre 1917 erzielte Ueberschuß von 389 835,63 zeigt gegen das Jahr 1916 eine Steigerung von 171 914,26. Dieses Ergebnis ermöglicht eine sehr erfreuliche Stärkung der zugunsten der Versicherten wirkenden verschiedenen Reserven. Die Gewinnreserve der Versicherten, der im Jahre 1918 erstmals 48 800 zugeführt werden konnten, stieg im Jahre 1914 um 90 116, im Jahre 1915 um 74 885, im Jahre 1916 um 120 642, und wenn ihr in diesem Jahre durch den Beschluß der Generalversammlung weitere 288 124 zugeführt werden, so sind in diesem Fonds 616 620,00 vorhanden, aus dem beim jeweiligen Versicherungsfalle die jährlich aufgeschriebenen Dividenden neben der Versicherungssumme zur Auszahlung kommen. Dem Organisationsfonds ist auch im abgelaufenen Geschäftsjahre nichts entnommen worden, ihm kann im Gegenteil ein neuer fünfprozentiger Teil des Ueberschusses zugeführt werden. Der Kriegsrückverfond, der Fonds für gesetzliche Reserven und der Fonds zur Bildung einer besonderen Reserve werden ebenfalls erhöht werden können, und zwar in einer Weise, daß der Kriegsrückverfond Ende des Jahres 1917 auf 129 679,29 erhöht wird. Die Versicherungsleistungen, die im Jahre 1918 127 089,67 betrugen, erforderten im Jahre 1917 für 1056 Sterbefälle 159 452,52. Die Verwaltung schlägt der Generalversammlung für einen eventuell nach dem Kriege notwendig werdenden Ausgleich zur Sicherung einer stetigen Dividende auch in schlechten Jahren die Bildung einer besonderen Reserve im Betrage von 40 000 vor.

Im laufenden Jahre (1918) zeigt sich in den Geschäftsergebnissen eine weitere erfreuliche Besserung. Es sind bis jetzt schon etwa 85 000 Anträge herangebracht worden, so daß wohl in diesem Jahre mit einer Verdoppelung der abzuschießenden Versicherungen gerechnet werden kann. Der ganze Geschäftsverlauf läßt erhoffen, daß beim baldigen Eintritt friedlicher Verhältnisse der Volksfürsorge ein glänzender geschäftlicher Aufschwung vorausgesagt werden kann, wenn die bei ihrer Gründung beteiligten Organisationen auch in Zukunft so wie in den kühneren Zeiten des Krieges an der Weiterentwicklung der Volksfürsorge mitarbeiten.

Für den Aufsichtsrat schloß sich dessen Vorsitzender, Reichstagsabgeordneter Bauer, den Darlegungen des Herrn Lesche vollinhaltlich an. Das Verhältnis zwischen den beiden Körperschaften war während des Jahres ein einträchtiges, so daß alle Beschlüsse in einmütigem Zusammenwirken gefaßt werden konnten. Wenn der geschäftliche Erfolg trotz aller Schwierigkeiten noch so erfreulich ist, so danke das die Volksfürsorge der unermüdblichen Arbeit der Geschäftsleitung und der Angestellten und der rührigen, opfervollen Mitwirkung aller ehrenamtlichen Funktionäre im ganzen Reiche. Herr Krings (Essen) brachte hierauf die Einführung des neuen Monatsrates IIa zur Besprechung, wobei er die Festsetzung der Zinssprovision von 8 pSt. als eine Verschlechterung gegenüber der Entschädigung bei den seither vorhandenen Tarifen bezeichnete. Herr Lesche wies demgegenüber nach, daß der neue Tarif, der ein monatliches Zinlasso vorsehe, eine Verbesserung zugunsten der Versicherten nur durch eine Verminderung der Zinssprovision zulasse gegenüber den Tarifen mit monatlich zweimaligen Zinlasso. Die Verwaltung werde in der nächsten Zeit im Interesse der Funktionäre draußen einen Ausgleich auf anderem Gebiete herbeizuführen suchen, wovon die Rechnungsstellen in Wälde unterrichtet und sicher alle Funktionäre zufriedengestellt würden. Den Bericht der Revisionskommission des Aufsichtsrates gab Herr Junger (Berlin), der mitteilte, daß auch im vergangenen Jahre bei den vorgenommenen Revisionen sowohl die Führung der Bücher als die Verwaltung der Wertbestände in Ordnung befunden worden seien. Aus dem Bericht des bestellten Revisors, Herrn Wästel, ging hervor, daß er am 17. und 18. Mai dieses Jahres sowohl die Bilanz als auch die Gewinn- und Verlustrechnung und die dazu vorhandenen Unterlagen einer eingehenden Prüfung unterzogen, und daß er am 31. Dezember 1917 die Vermögensbestände der Gesellschaft nachgeprüft und festgestellt hat. Er bescheinigte die Richtigkeit der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

Bei Punkt 3 der Tagesordnung, „Genehmigung der Bilanz für das Geschäftsjahr 1917 und Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat“, erhielt Herr Adam, Kiel, durch das geschäftsführende Vorstandsmitglied Lesche und den Revisor Wästel befriedigende Aufklärung technischer Art über die in der Bilanz enthaltene Aktivposition „Gesundete Prämien“, der in den Passiven die Prämienüber-

träge gegenüberstehen. Die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat wurde hierauf einstimmig erteilt. Bei der Beschlußfassung über die Verwendung des Ueberschusses nahm die Generalversammlung einstimmig den vorgelegten Antrag von Vorstand und Aufsichtsrat an, wonach von dem erzielten Ueberschuß im Betrage von M 380 045,53 gemäß den Bestimmungen des § 30 des Gesellschaftsvertrages zu verwenden sind: 1. dem gesetzlichen Reservefond 6 vom Hundert M 10 460,78, 2. dem Organisationsfonds 6 vom Hundert M 10 460,78, 3. dem Kriegesreservefonds 6 vom Hundert M 10 460,78, 4. dem Fonds für besondere Reserven 6 vom Hundert M 10 460,78, 5. den Aktionären an Pfusen für das voll eingezahlte Aktienkapital M 40 000, 6. der Gewinnreserve der Versicherung 10 vom Hundert der M 2720 140,80 betragenden Jahresprämien der mit Gewinnbeteiligung Versicherten = M 272 014,08 minus M 1780 32 verrechneter, aber nicht zur Ausschüttung gekommener Gewinnanteile M 268 121,76. Der Rest von M 334,05 ist auf neue Rechnung vorzutragen. Die Wahl eines Revisors nach § 33 des Gesellschaftsvertrages geschah durch die Wiederbestätigung des seitherigen Revisors, Herrn Wästel, Hamburg. Punkt 6, „Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrates“, wurde durch die einstimmige Wiederwahl der turnusgemäß ausscheidenden Herren Dr. Ebert und Alexander Schick, als Vertreter der Gewerkschaften, Paul Hoffmann und Rudolf Junger, als Vertreter der Genossenschaften, erledigt. Da weitere Anträge nach § 28 Absatz 3 des Gesellschaftsvertrages nicht eingegangen waren, war die Tagesordnung erledigt, und die Generalversammlung wurde nach einstündiger Dauer geschlossen.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Berlin. Zur Erledigung der Tagesordnung: 1. Bericht über die Tarifberatung, 2. Jahresbericht der Ortsverwaltung, 3. Neuwahl derselben, 4. Verbandsangelegenheiten, wurden die Kollegen durch vier Versammlungen in Anspruch genommen. Zum ersten Punkt berichtete Kollege Jacobson, daß eine geraume Zeit verstrichen sei, ehe die Verhandlungen zustande gekommen seien, da man es mit drei Arbeitgeberverbänden zu tun hatte. Er bedauerte, daß die von den Gewerkschaften als notwendig erachtete Zulage von 25 % pro Stunde nicht zur Annahme gelangt sei. Die durch die Verhandlungen festgelegte Teuerungszulage von 20 % pro Stunde mußte er als ungenügend für die heutigen teuren Verhältnisse bezeichnen. Aufgabe der Organisation bleibe es, die Löhne auf eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Höhe zu bringen und zu halten. In der Weisung, die im Anschluß an die Tarifverhandlungen stattfand, wurde der Vereinbarung mit den Arbeitgebern zugestimmt. Dagegen hat der Beirat den von unserer Filiale gestellten Antrag, über die Beitragssteigerung eine Urabstimmung stattfinden zu lassen, abgelehnt, weil bereits sämtliche Filialen Deutschlands ihre Zustimmung durch Versammlungsbeschluß erteilt hatten, mithin durch Urabstimmung kein anderes Resultat zu erwarten gewesen wäre. Von den Diskussionsrednern aus der Versammlung wurde die Teuerungszulage als viel zu gering erachtet, jedoch zugegeben, daß unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr zu erreichen gewesen sei. Zum zweiten Punkt gab Kollege Wieg den Jahresbericht, der bereits in Nr. 15 des „Vereins-Anzeigers“ veröffentlicht worden ist. Eine Kritik an der Tätigkeit der Verwaltung wurde nicht geübt und ihr auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Es wurde jedoch ein Antrag eingebracht, worin dem Vorstehenden der Vorwurf eines parteiischen und undemokratischen Benehmens bei der Leitung der Versammlungen gemacht wird, weshalb ihm ein Mißtrauensvotum auszusprechen sei. Neben diesen Antrag entspann sich eine sehr erregte Debatte, deren Ergebnis die Ablehnung des Antrages mit großer Majorität war. Ein weiterer Antrag, aus Filialmitteln M 1000 dem Unterstützungsfonds für die Familien der bei dem letzten Massenstreik zum Opfer gefallenen Personen zu überweisen, wurde angenommen, ebenso ein Antrag, den Filialvorstand von sieben auf neun Personen zu erweitern. Auf Vorschlag der Verwaltung wurde der bisherige Vorstand ohne Widerspruch wiedergewählt. Er besteht aus den Kollegen Wieg als erster Vorsitzender, Blum als Kassierer, Kranz als Schriftführer, Geng und Kottin als Beisitzer, Ehrhardt und Teuber als Beisitzer. Neu hinzugewählt wurden Weil als zweiter Vorsitzender und Kahle als Beisitzer. Der Vorschlag der Ortsverwaltung, den Beitrag um 10 % pro Woche zur Stärkung der Filialkasse zu erhöhen, wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Auch dem Antrage der Kollegen aus der Küchenmöbelbranche, den „Vorwärts“ wieder als offizielles Publikationsorgan zu benutzen, wurde zugestimmt. Mit dem Wunsche, daß die Kollegen recht reger für die Organisation tätig sein mögen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Gewerkschaftliches.

Erhöhung der Teuerungszulage im Buchdruckgewerbe. Der bis zum Jahre 1916 gültige und seit dieser Zeit zweimal auf je ein Jahr verlängerte Buchdruckertarif sah in seinen drei Altersstufen folgende Minimallöhne vor: Bis 21 Jahre M 25, von 21 bis 24 Jahren M 26, über 24 Jahre M 27,50. Mit Einschluß der für die einzelnen Orte je nach ihrer Teuerungszulage entsprechenden abgestuften Lokalaufschläge von 2½ bis 25 pZt. (zur letzteren Kategorie gehören nur Berlin, Hamburg-Altona und Stralsburg) erhöhten sich diese Löhne (bei 25 pZt.) wie folgt: Bis 21 Jahre M 31,25, von 21 bis 24 Jahren M 32,50 und über 24 Jahre M 34,38. Daß angesichts der gewaltigen Verteuerung aller Lebensbedürfnisse mit solchen Löhnen die Existenz der Arbeiterklasse des Berufes nicht mehr ermöglicht werden konnte, mußten selbst die Unternehmer einsehen. Eine Revision des Tarifs erschien aus verchiedenen Gründen angehts der ungeklärten Verhältnisse während des Krieges nicht angebracht. So beschloß man sich denn mit Teuerungszulagen. Nach viermaliger Erhöhung dieser betrug im November 1917 die Gesamterhöhung des Lohnes im Mindestmaß 39,7 pZt., im Höchstmaß 75,2 pZt.,

bei einem Gesamtdurchschnitt von 48,0 pZt., oder nach einer vom Tarifamt der Buchdrucker veröffentlichten Statistik der Durchschnittslohn in Orten ohne Lokalaufschlag M 37, in solchen mit 25 pZt. Lokalaufschlag M 61,46.

Die im Mai dieses Jahres tagende außerordentliche Generalversammlung des Verbandes veranlaßte, beim Tarifamt den Antrag auf weitere angemessene Erhöhung der Teuerungszulagen oder, bei ihrer Ablehnung, auf Revision des Tarifs zu stellen. Nach dreitägigen, von beiden Seiten hartnäckig geführten und mehrmals vom Abbruch bedrohten Verhandlungen einigte man sich schließlich dahin, ab 1. August dieses Jahres eine weitere Erhöhung der Teuerungszulage um M 10 pro Woche und ab 1. Dezember eine weitere Erhöhung einzutreten zu lassen. Diese beträgt für Orte bis 7½ pZt. Lokalaufschlag M 8, bis 15 pZt. Lokalaufschlag M 4 und über 15 pZt. Lokalaufschlag M 5. Ferner tritt eine Erhöhung des Lohnes für Uebersunden ein, er soll nunmehr nach dem tariflichen Grundlohn plus 50 pZt. Aufschlag und den üblichen Stundenzuschlägen entschädigt werden. Können diese Erhöhungen auch nicht als voller Ausgleich der verteuerten Lebenshaltung gegen früher bezeichnet werden, so bilden sie doch einen ganz beachtenswerten Erfolg der Organisation.

Forderungen der Vergarbeiter. Die vier Vergarbeiterverbände haben auf einer gemeinsamen Konferenz eine Eingabe an den Zechenverband beschlossen, in der wegen der neuerlichen Erhöhung der Getreidepreise und der daraus notwendig folgenden Verteuerung der gesamten Lebenshaltung Lohnerhöhung gefordert wird, und zwar für Bauer und Lehrhauer ein Durchschnittslohn von M 15 für die Schicht, ausschließlich Minderlohn und Teuerungszulagen, für erwachsene männliche Arbeiter eine Lohnerhöhung von mindestens M 2 für die Schicht, für weibliche und jugendliche Arbeiter eine solche von M 1 sowie eine Verdoppelung des Kindergebeldes. Gleichzeitig haben die Vergarbeiterverbände wegen der angekündigten Preissteigerung für Getreide und Mehl, wegen Herabsetzung der Gratifikation, wegen des Widerstandes gegen das gleiche Wahlrecht und wegen der Haltung der Regierung in Sache der Arbeitskammern beim Reichstanzler um eine Unterredung nachgesucht.

Sozialpolitisches.

Die Entlassung bei der Demobilisierung. Für die Demobilisierung hat das Kriegsministerium natürlich bereits einen alle Einzelheiten umfassenden Demobilisierungsplan aufgestellt, der sich naturgemäß der Deffektivität entzieht. Von maßgebender Seite ist aber bereits erklärt worden, daß die Entlassungen nach Friedensschluß nach dem Lebensalter erfolgen sollen, immer unter der Voraussetzung, daß der zu Entlassende die Möglichkeit eines sofortigen Unterkommens hat. In erster Linie mit entlassen werden die jungen Leute, die das 20. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Nur auf ihren eigenen besonderen Wunsch können sie bei der Truppe bleiben. Wenn sie dann später nach Erreichung des militärpflichtigen Alters bei der Musterung ausgehoben werden, dann wird ihnen die im Kriege geleistete Dienstzeit, einfach gerechnet, auf ihre Dienstpflichtzeit angerechnet. Ein junger Mann, der also während des Krieges, obwohl er noch nicht 20 Jahre alt war, ein Jahr Dienst geleistet hat, braucht dann später, wenn er zur Erfüllung seiner gesetzlichen Dienstzeit eingezogen wird, bei der Infanterie nur ein Jahr, bei der Kavallerie nur noch zwei Jahre zu dienen. Wer jedoch zwei Jahre im Kriege gedient hat, der hat damit seine gesetzliche Dienstpflicht bereits voll erfüllt und kann nicht wieder zum aktiven Dienst eingezogen werden.

Die geplante Besteuerung der alkoholfreien Getränke findet unter den vorgelegten neuen Steuern in der breiten Deffentlichkeit, wie in sozial verständnisvollen und tätigen Kreisen mit am meisten Widerspruch. Diese Erfrischungen, die mit Recht mehr und mehr Bedeutung im Volksleben gewonnen haben und bestimmt sind, in zunehmendem Maße an die Stelle der geistigen Getränke zu treten, sind ohnehin schon — teils an sich, teils im Vergleich zu Bier, Branntwein, Obstwein — zu teuer. Nun sollen sie durch hohe Besteuerung noch mehr verteuert werden: das Doppelte, ja das Mehrfache der übrigen Getränkesteuersätze ist für sie angelegt! Das erregt mit vollem Grunde weithin lebhafteste Mißbilligung und ernsteste Befürchtungen im Blick auf das wirkliche Volkswohl. Für den Staatsgehalt ist der Ertrag — er ist auf 50 Millionen beziffert — im Vergleich zu andern Posten von geringer Bedeutung; wohl aber wäre diese Belastung von sozialer, „moralischer“ und volkserzieherischer Bedeutung — von keiner guten! Um so mehr ist aus Gründen der Staatsklugheit und der Erhaltung und Hebung von Volksgesundheit und Volkskraft zu wünschen, daß die auch im Schoße des Ausschusses selbst laut gewordenen und in zahlreichen Zeitungsartikeln, Eingaben und Befundungen zum Ausdruck gekommenen Bedenken die Oberhand gewinnen und von einer Besteuerung dieser jungen und volkstümlichen Getränke abgesehen wird.

Eine Lücke in der Verordnung gegen die Preistreiber. Bei den Vorbereitungen der Verordnung wurde auch die Frage gestreift, ob die Kriegswirtschaftsbestimmungen, die sich jetzt nur auf den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs und des Kriegsbedarfs beziehen, nicht gleichfalls auf die Leistungen ausgedehnt werden sollten. Von den Interessenten wurde dieser Angriff auf die Freiheit in der Bewertung der Leistungen sofort pariert durch die Gegenforderung der „Höchstlöhne“, und am Ende ist es dann wieder mal beim alten geblieben: Wer mit Gegenständen des täglichen Bedarfs Handel treibt, ist der Wucher-

verordnung unterworfen; wer solche Gegenstände repariert, darf das Publikum schröpfen nach allen Regeln der Kunst. Bei der allgemeinen Reparaturbedürftigkeit der meisten Dinge fahren die Handwerker grob und kleinen Eills natürlich nicht schlecht dabei, und sie haben es auch schon ganz vorzüglich gelernt, dem Publikum das Gruseln beizubringen durch Erzählungen von der Schwierigkeit der Materialbeschaffung, von den Schäden und Künsten, die sie anwenden müssen, um ihre liebe Kundenschaft nur leidlich zufriedenzustellen zu können, und selbstverständlich legen sie eher bei diesem Liebesdienste noch etwas zu, von Verdienen ist kaum die Rede. So zahlt man jetzt glücklicherweise das Aufblühen eines Anzuges ebensobiel oder noch mehr, als früher ein Paar neue Weinkleider überhaupt kosteten. Die Preise für Wäschereinigung sind auf das Vielfache gestiegen. Einfache Klempnerarbeiten kosten oft mehr, als der Anschaffungspreis betrug. Ein Umzug kostet jetzt mehr oder mindestens das gleiche wie eine Jahresmiete. Gerecht kann man diesen Zustand keineswegs nennen. Es muß verlangt werden, daß auch die Leistungen der Verordnung gegen die Preistreiber unterstellt werden.

Fachliteratur.

Deutsche Malerzeitung „Die Mappe“. Illustrierte Zeitschrift für Malerei. Juli 1918, Heft 4. Jährlich erscheinen 12 Monatshefte und 62 Wochenummern der deutschen Malerzeitung „Die Mappe“. Abonnementpreis für Deutschland M 8, Oesterreich-Ungarn Kr. 6 und Ausland M 4,50 vierteljährlich. Verlag von Georg D. W. Callwey in München.

In bekannter, vornehmer und reicher Ausstattung liegt das soeben erschienene Jubiläum vor. Es enthält Tafel 13: Die Le, entworfen von Andreas Haber, im Felde; Tafel 14: Bierstüde, entworfen von Hugo Giesler in Neubabelsberg; Tafel 15: Decke mit Wandfries, entworfen von Arno Hänel, im Felde; Tafel 16: Allerlei Pfauen. Im textlichen Teil beginnt eine vorzügliche, mit vielen Abbildungen ausgestattete Arbeit über „Praktische Perspektive“, aus der Feder des Malers und Zeichenlehrers Karl Bahl, an der gewerblichen Fortbildungsschule in Lehe. Für jüngere Kollegen ist die deutsche Malerzeitung „Die Mappe“ die empfehlenswerteste Zeitschrift zur weiteren notwendigen Ausbildung in unserm Gewerbe, für ältere Kollegen eine unentbehrliche Fachzeitschrift und treuer Ratgeber für alle im Beruf auftauchenden fachtechnischen Fragen.

Literarisches.

„Arbeiter-Jugend“. Die soeben erschienene Nr. 14 des zehnten Jahrganges hat unter anderem folgenden Inhalt: In die Gewerkschaft! Von W. Söllmann. — Nachtlied. Gedicht von Friedrich Heibel. — Franz Mehrings Marx-Biographie. Von R. Korn. — Wie ich Sozialdemokrat wurde. Jugenderinnerungen von R. Kempfens. — Gg. Engelbert Graf: Vom Eiszeitmenschen. (Mit Abbildungen.) — Was wir unsern Ahnen schulden. Von H. H. (Schluß). — Das neue badiische Fortbildungsgesetz. Von S. Eisfeld. — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit.

Matgeber für Bücherkäufer. Niemals war das Bedürfnis nach guten Büchern so groß wie jetzt, und nie sind so viele Bücher gekauft worden wie in der Kriegszeit. Infolge der immer schwierigeren Produktionsverhältnisse sind aber die Bücherpreise sehr gestiegen. Außerdem ist viel minderwertiges Zeug auf den Markt gekommen. Darum ist es sehr zu begrüßen, daß die Wiener Volksbuchhandlung einen Matgeber für Bücherkäufer herausgegeben hat, der auf 88 Seiten eine Fülle guter Schriften ankündigt. Wir finden da eine Uebersicht über Bücher aus der Friedenszeit, aus der Kriegszeit, sozialdemokratische Kriegsschriften, schöne Literatur aus den Jahren 1917/18 und über Gelegenheitskäufe von guten Büchern zu bedeutend herabgesetzten Preisen. — So wird jeder Bücherkäufer in dem Verzeichnis Rat finden. Der Matgeber für Bücherkäufer wird gegen Einzahlung des Betrages von 20 Hellern in Briefmarken an jedermann portofrei zugesandt. An Soldaten im Felde wird er vollständig kostenfrei versendet. Bestellungen auf diesen außerordentlich nützlichen Matgeber für Bücherkäufer sind zu richten an die Wiener Volksbuchhandlung, Ignaz Brand & Co., Wien VI, Gumpendorfer Straße 18.

Sterbetafel.

Bremen. Am 30. Juni starb unser langjähriges Mitglied Fritz Büning im Alter von 65 Jahren. Ehre seinem Andenken!

Vereinsteil.

Bericht der Hauptkasse vom 8. bis 13. Juli. Eingekandt haben: Düren M. 150, Herford 85,75, Gera 50, Regensburg 200, Wilhelmshaven 200, Saarbrücken 250, Worms 126,75, Schwab 28, Braunschweig 152,21, Eisenach 70.

Die Woche vom 21. bis 27. Juli ist die 30. Beitragswoche. S. Wenker, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 27 des „Correspondenzblattes“ bei.

Malerleim.
Ohne Bezugschein.
Unentbehrlich als Farbbindemittel und als Tapetenkleister. Muster gegen 30 A und Probeeimer.
Grünbaum & Co., Erfurt.

Guten, hellen
Rad-Ersatz
liefern günstig Refektan, Sauten.